

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

2.4.1927 (No. 78)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K u e n d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontrahententzug fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Bruttanleger für Brauerei, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Wirren in China

Die politischen Vorgänge in China haben ein innerpolitisches und ein außenpolitisches Gesicht. Innerpolitisch bedeuten sie nichts anderes, als den Kampf um die Macht. Dieser Kampf wurde schon 1912 heraufbeschworen: einmal durch den alten historischen Gegensatz zwischen Nord und Süd, dann durch die Unbeliebtheit der dem eigentlichen Chinesentum fremden Kaiserdynastie der Mandschu und drittens durch bestimmte nationale Strömungen. Die Existenz dieser nationalen Strömung wird ihrerseits nur wieder erklärbar durch das außenpolitische Moment. Chinesische Außenpolitik heißt seit Jahrzehnten diplomatische Auseinandersetzung mit den Fremden, mit den europäischen Mächten, die in China interessiert sind, und mit Nordamerika. Immer mehr und mehr wurde dann im Lauf der Jahre die außenpolitische Parole zur innerpolitischen. Ihre Verschmelzung findet parteimäßig ihren Ausdruck in der Partei der Kuomintang, der Regierung von Kanton.

Das Ziel der kantonesischen Regierung ist die Eroberung und Beherrschung Chinas und die Befreiung des Landes von den Beschränkungen durch die Fremden. Und man muß zugeben, daß Kanton dieses Ziel mit großer Energie verfolgt hat. Darüber, daß Kanton dabei die Hilfe des russischen Bolschewismus genießt, wird nicht mehr gestritten. Der Hauptberater der kantonesischen Regierung ist Borodin, eine Persönlichkeit, die sich als Russen bezeichnet, deren Herkunft jedoch noch nicht ganz einwandfrei festgestellt ist.

Die Fortschritte der Kantonesen sind in den letzten Wochen so bedeutend gewesen, daß sie jetzt auch die sogenannte legale Regierung in Peking bedroht sieht. Die Heere der Kantonesen marschieren immer weiter gen Norden. Ziemlich allgemein wird mit dem militärischen Sieg des Südens über den Norden gerechnet. Ob dann Peking noch die Hauptstadt des Reiches bleiben wird, ist fraglich. Peking ist ja nicht immer Reichshauptstadt gewesen; bis Ende des 14. Jahrhunderts war das jüngst von den Kantonesen eroberte Nanjing die Hauptstadt des Reiches (Nanking = südliche Hauptstadt, Peking = nördliche Hauptstadt, ähnlich wie in Japan, wo Tokio „nördliche Hauptstadt“ und Kioto „südliche Hauptstadt“ heißt).

Das Verhalten der kantonesischen Regierung wird durch die Rücksichten auf die innerpolitischen und auf die außenpolitischen Erfordernisse in gleicher Weise beeinflusst. Und es ist schon möglich, daß schließlich der Kampf der Kantonesen ausmündet in einen regelrechten Krieg mit den Weißen. Bisher ist solches klüglich vermieden worden. Vom Standpunkt der Machtverhältnisse aus gesehen, dürfte die Aufrechterhaltung des Friedenszustandes mit den Fremden für Kanton die bessere Politik sein, da sonst der Kampf nach zwei Fronten hin zu führen wäre. In den letzten Tagen haben sich aber infolge der Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften die Dinge derartig zugekippt, daß regelrechte kriegerische Zusammenstöße zwischen den kantonesischen Truppen und den Truppen der Fremden, d. h. in erster Linie Englands, täglich zu erwarten sind. Bisher hat es sich lediglich um die Abwehr von Angriffen der Bevölkerung gehandelt. Die englischen Truppen und Schutzmannschaften sind dieser Angriffe durchaus Herr geworden. Allerdings ist die Verbitterung dadurch nur gewachsen.

Zweifellos ist durch die große revolutionäre Bewegung, die jetzt China wie eine Welle überflutet, Leben und Eigentum der Weißen bedroht. Nach Zeitungsmeldungen sind an verschiedenen Punkten, so auch in Nanking, mehrere Weiße der Wut des Volkes zum Opfer gefallen. Und zwar waren es in der Hauptsache Amerikaner. Die Frage ist jetzt die, inwieweit die kantonesische Regierung in der Lage sein wird, Leben und Eigentum der Weißen zu garantieren. Eine solche Garantie könnte gegeben werden, vorbehaltlich der späteren vertraglichen Regelung der diplomatisch-rechtlichen Verhältnisse zwischen China und den fremden Mächten. Daß bei einer solchen Regelung die Souveränität Chinas in vollem Umfang wieder hergestellt werden muß, das ist eine Forderung, die wohl auch von den einschichtigen Politikern der weißen Rasse verstanden werden wird, mag auch die Realisierung des neuen Zustandes noch manche Schwierigkeiten rechtlicher und wirtschaftlicher Art mit sich bringen.

Im Augenblick sieht es leider beinahe so aus, als ob die kantonesische Regierung jene Garantie nicht wird

übernehmen können. Die Londoner Regierung betrachtet die Dinge jedenfalls als außerordentlich ernst und ist demgemäß zu ultimativen Schritten entschlossen. Sie verhandelt mit Washington und Tokio, um eine gemeinsame Front der Weißen in China herzustellen. Doch haben sich bisher die nordamerikanischen und die japanische Regierung sehr vorsichtig zurückgehalten. Vor allem stehen ja Englands Interessen und Englands Prestige auf dem Spiele. Diese Tatsache wird in London auch vollkommen richtig erkannt. Und man scheint in London bereit zu sein, im schlimmsten Falle auch allein den Waffengang mit den Kantonesen anzutreten.

Finanzminister Dr. Köhler über Finanzfragen

In einer Unterredung über die schwebenden finanzpolitischen Fragen, die der Reichsfinanzminister am Freitag einem Vertreter des B.V.D. gewährte, erklärte Dr. Köhler auf die Frage, worauf sich die Hoffnung stütze, daß das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern den zum Ausgleich des Staats nötigen Mehretrag erbringen werde, diese Hoffnung stütze sich auf die Steuereinnahmen im Januar und Februar des Jahres und die fortschreitende Besserung unserer Wirtschaftslage. Im Etatvoranschlag habe man seinerzeit natürlich das Aufkommen für die Monate noch nicht übersehen können. Die Frage, ob auch für andere Einnahmepositionen die Hoffnung auf höhere Erträge bestehe, wurde vom Minister mit dem Hinweis darauf verneint, daß u. a. die Umsatzsteuer und die Reichsvermögenssteuer, ebenso die Zölle bereits im Etatvoranschlag außerordentlich stark in die Höhe gehoben worden sind. Für neue notwendige Ausgaben, erklärte der Minister auf eine weitere Frage, sieht der gegenwärtige Etat keine Mittel vor. Seine Reserven sind bereits im Etat eingekalkuliert. Die Devise ist also: sich nach der Decke strecken.

Auf die Frage ob die Steuerrückstände, die ja bereits in die Einnahmepositionen des Etats eingerechnet sind, restlos einzutreiben sein werden, wurde vom Minister erklärt: Ich nehme an, daß diese Rückstände, die sich auf eine halbe Milliarde belaufen, zum überwältigenden Teil eintommen werden. Selbstverständlich wird bei der Eintreibung die absolut notwendig ist, im Interesse der übrigen Steuerzahler mit der gebotenen Rücksicht vorgegangen werden. Eröffnungen zu vermiedenen Steuerbeträgen zu erhalten, kann nicht in der Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung liegen. Gegen bewachte Saboteure der Steuereinkünfte wird allerdings unumsichtig, wenn nötig auch gerichtlich vorgegangen werden.

Die Unterredung wandte sich dann den Fragen des Finanzausgleiches zu, wobei der Minister auf eine diesbezügliche Frage antwortete, daß an der Finanzhoheit des Reiches nicht geändert worden sei. Wenn 2,6 Milliarden Gesamtgarantie in den Etat eingestellt worden seien, so könne dabei von einem Gehalt an die Länder keine Rede sein; denn diese hätten einen gesetzlichen Anspruch von 75 Proz. der Einkommensteuer. Nach Auffassung des Ministers würde der gefamte Betrag im Jahre 1927 auch tatsächlich aufkommen. Auf die Frage inwieweit die jetzt noch nicht berücksichtigten Forderungen u. a. auch die der Liquidationsgesellschaften, schließlich befriedigt werden würden, erklärte der Minister, er werde in der allernächsten Zeit bereits mit festen Vorschlägen an das Kabinett und die gesetzgebenden Körperschaften herantreten. In der Angelegenheit der Beamtenbesoldung und der Erhöhung der Bezüge der Kriegsbefähigten sei das Kabinett entschlossen im Laufe des Jahres noch feste Vorschläge dem Plenum zu unterbreiten.

Reparationszahlung der Baufür deutsche Industrieobligationen. Die Baufür deutsche Industrieobligationen hat am 1. April den Betrag von 125 Millionen Goldmark gemäß den Bestimmungen des Industriebelastungsgesetzes als erste Halbjahresrate der für das dritte Reparationsjahr vorgesehenen Jahreszinsverteilung von 5 Proz. auf die fünf Milliarden Belastung der deutschen Industrie freit- und ordnungsgemäß dem Generalagenten für Reparationszahlungen für Rechnung des Treuhänders für die deutschen Industrieobligationen überwiesen.

Aus der demokratischen Partei. Die demokratischen Fraktionen des Reichstages und preußischen Landtages hielten am Freitag eine gemeinsame Sitzung im Reichstagsgebäude zu Berlin ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage des Einheitsstaates und die Vorbereitung der Stellungnahme des Ende April in Hamburg stattfindenden Reichsparteitages, auf dem das einleitende Referat über die Frage des Einheitsstaates der Führer der demokratischen Partei, Dr. Koch, halten wird.

Im litauischen Parlament beriefen am Freitag, während einer Beratung über die Feldgerichte, die Oppositionsparteien und die Fraktionen der Minderheiten einschließlich der Remeler deutschen Partei zum Protest gegen den Kriegszustand und die Feldgerichte den Sitzungssaal. — Zur Zeit sind in Litauen aus den Kreisen der Volkssozialisten und Sozialisten etwa 50 Personen verhaftet, von denen 2 Sozialisten heute vor das Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Stillegung von 2000 Braunkohlegruben in Amerika. 2000 Braunkohlegruben in Arkansas, Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Missouri, Ohio, Oklahoma und Pennsylvania sind stillgelegt worden. 200 000 Vergleiche des Bergarbeiterverbandes befinden sich im Streit, da die Gruben es ablehnen, das Lohnabkommen mit einem Tageslohn von 7,5 Dollars zu verlängern. Eine längere Dauer des Streites ist wahrscheinlich.

Der Finanzausgleich vor dem Reichstag

Der Reichstag hat am Freitag in einer Dauer Sitzung die zweite Lesung des vorläufigen Finanzausgleiches samt den damit verbundenen Vorlagen über die Biersteuerverteilung erledigt. Die Regierungsparteien beteiligten sich an der eigentlichen Debatte nicht mehr, nachdem sie zu Beginn der Beratung durch den Grafen Westarp eine gemeinsame Erklärung hatten abgeben lassen. Zweimal ergriff der Reichsfinanzminister das Wort.

Der Fraktionsführer des Zentrums, der Abg. von Guérard wandte sich gegen den preußischen Ministerpräsidenten, der behauptet hatte, daß durch die Biersteuerverteilung die Dotation für die notleidenden Grenzgebiete zugunsten der süddeutschen Staaten geschmälert worden sei. Die Abstimmungen, die die Abendstunden in Anspruch nahmen, brachten die Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge der Opposition und die Bestätigung der Ausschlußbeschlüsse. Unerteiligt blieb nur noch der Abschnitt über die Hauszinssteuer. Auch bei der Gesamtbestimmung, die in der dritten Lesung kommt, wird sich dieses Stimmenverhältnis nicht ändern, so daß der Finanzausgleich im wesentlichen in der Form, wie er aus dem Ausschuss hervorgegangen ist, Gesetz werden wird.

Am heutigen Samstag begann die noch ausstehende Beratung des Abschnitts „Hauszinssteuer“.

Unmittelbar nach der gestrigen Rede des preußischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun, in der der Einspruch Preußens gegen die Biersteuerregelung im Reichsrat angekündigt wurde, hat, Blättermeldungen zufolge, Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Initiative ergriffen, um Preußen zum Nachgeben zu bewegen. Der Reichsfinanzminister eröffnete den Zentrumsministern Preußens in einer Besprechung, daß zwischen dem Zentrum im Reichstag und dem in Preußen über einstimmung herrschen müsse und daß die Landtagsfraktion nach der Reichstagsfraktion entgegenarbeiten dürfe.

Deutscher Reichstag

Die Erklärung der Regierungsparteien, die wie bereits gemeldet, zu Beginn der Vormittagsitzung Graf Westarp (Deutschl.) verlas, macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß die letzten Etatsreserven, nämlich der Betriebsmittelfonds in Höhe von 190 Millionen und die Überschüsse aus dem Jahre 1926 mit 200 Millionen zur Deckung des Etats herangezogen werden und trotzdem eine Reihe dringender Wünsche zurückgestellt werden mußte. Die Regierungsparteien hoffen, daß es möglich sein werde, die große Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden nach einheitlichen Gesichtspunkten recht bald herbeizuführen.

Die Biersteuer.

Preußischer Ministerpräsident Braun erinnert an die Bestimmung des Biersteuergesetzes, daß Änderungen dieses Gesetzes nur mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit erfolgen sollen. Hiernach stehe fest, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Reichstage als auch im Reichsrat erforderlich sei. Hinzu kämen noch allgemeine Bedenken der preußischen Regierung gegen den Sonderausgleich für einzelne Länder. Zu diesem Zwecke solle der Reichshaushalt für dauernd mit rund 40 Millionen Mark mehr belastet werden zugunsten der Länder, deren Finanzlage nicht wesentlich ungünstiger sei, als die der anderen. Dagegen wolle man die Hilfe für die durch den Kriegsausgang besonders betroffenen Grenzgebiete ganz fortlassen. Dadurch werde gegen den Grundsat der gleichmäßigen Behandlung aller Teile des Reiches verstoßen. Die preußische Regierung erhebe entschiedenen Widerspruch gegen diesen Finanzausgleich.

Sächsischer Gesandter Dr. Gradnauer erklärt, durch diesen Finanzausgleich solle einzelnen Ländern, darunter auch Sachsen, ein Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuern weggenommen und anderen Ländern zugeteilt werden, und zwar schematisch, ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der anderen Länder. Sachsen habe infolge seiner starken Bevölkerung und seiner Industrie hohe Aufgaben sozialer Art, solle jedoch an Preußen und Bayern Unterstützungen abführen, obwohl Preußen diese ablehne, und Bayern wesentlich günstigere Lebensbedingungen als Sachsen habe. Die sächsische Regierung spreche in letzter Stunde die Erwartung aus, daß der Reichstag seine Hand zu Maßnahmen solcher Art nicht biete.

Abg. Dr. Ders (Soz.) beantragt auf Grund dieser Erklärung, das Gesetz über die Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile an den Ausschuss zurückzuberufen.

Für den Antrag werden 117, gegen den Antrag 128 Stimmen der Regierungsparteien abgegeben. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Vizepräsident Graf beruft eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später ein.

Um 11¼ Uhr eröffnet Vizepräsident Graf die neue Sitzung.

Abg. Dr. Ders (Soz.) entnimmt aus der Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten, daß dieser den Staatsgerichtshof anrufen wolle, und beantragt Aussetzung der Beratung der Biersteueranteile bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt.

Bayerischer Staatsrat v. Wolff: Namhafte Juristen hätten bereits Gutachten abgegeben, wonach nicht jede Änderung des Biersteuergesetzes verfassungsändernd sei. Diese Anpassung

der Biersteueranteile an die Geldentwertung sei durch einfaches Gesetz möglich. Sie sei auch bereits 1919 erfolgt. In der Nationalversammlung sei man sich darüber einig gewesen, daß die Biersteueranteile alle entschädigt werden sollten, als das Reich die Biersteuer an sich nahm. Wenn man nun die Entwertung des Geldes berücksichtige, so sei ein bayerischer Anteil von 45 Millionen, wie er jetzt beantragt werde, nicht zu hoch, zumal Bayern 1911 aus der Biersteuer 35 Millionen erhalten habe. Gegen die gleichmäßige Behandlung aller Teile des Reiches verstoße das Gesetz nicht; denn es handele sich hier um ein Reservat. — Redner wies dann auf die Fehlbeträge im bayerischen Haushalt hin, die von Jahr zu Jahr gestiegen seien und erklärt, Bayern kämpfe um seine Existenz, wenn es an seinem Recht festhalte. —

Nunmehr wird die Abstimmung über den Antrag Herrs (Soz.) auf Rückverweisung der Biersteueranleihe an den Ausschuß wiederholt, die namentlich ist. — Für den Antrag stimmen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Mitglieder der Wirtschaftspartei. — Der Antrag wird mit 189 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird dem Finanzminister das Gehalt bewilligt, sein Etat nach der Fassung des Haushaltsausschusses angenommen. Die Zahl der Beamten wird dagegen vermehrt. 570 000 RM zur Erweiterung des Landesfinanzamtes Hannover, 285 000 Reichsmark für Neubau des Finanzamtes Köln und 95 000 Reichsmark für Umbau des Hauptzollamtes Dresden werden getrichen. Für den Schutz der Insel Helgoland werden statt 2,4 nur 1,4 Millionen bewilligt.

Angenommen wird in zweiter Lesung auch das Haushaltsgesetz. —

Nunmehr setzt das Haus die zweite Lesung des Finanzausgleichs und der damit verbundenen Vorlagen fort.

Abg. Junke (Soz.) Die agrarischen Länder würden gegenüber den industriellen bevorzugt. Dagegen müsse schärfter Einspruch erhoben werden. Bayern müsse seine ausgeblähte Verwaltung abbauen und zu einer vernünftigen Steuerpolitik übergehen. Eine Senkung der Hauszinssteuer sei erforderlich. Die Sozialdemokratie lehnt diesen Finanzausgleich ab (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Fischer (Dem.) führt aus, daß das Finanzausgleichsprojekt, wie es die Regierungsmehrheit beabsichtige, durchgreifende Reichsteuerentlastungen unmöglich mache und daß die Senkung der Realsteuern auch nur Theorie bleiben würden. Der Redner verzichtete auf die Wiederholung seiner Anträge aus dem Steueranschluß und verlangt deshalb nur völlige Beseitigung der Gemeindegetränksteuer, Beschränkung des vorläufigen Finanzausgleichs auf ein Jahr und Steuerentlastungen bei dem Einkommensteuertarif.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler betont, daß der Haushalt nur unter größten Anstrengungen ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Es ist alles eingetroffen, was ich bezüglich der Ausgaben früher gesagt habe. Ich habe mich nur insoweit getriert, als ich die Übernahme der Erwerbslosenfürsorge mit etwa 120 Millionen vornehmen zu können glaube, während es sich einige Wochen später herausstellte, daß wenigstens 250 Millionen Ausgaben für die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge zu errechnen seien. Bei den Hörsitzungen habe ich vor allem an die Körperschaftsteuer gedacht, nicht etwa an den Mittelstand, der natürlich nicht härter belastet werden kann. Von Pumpwirtschaft kann keine Rede sein. Aus Anleihen können nur verbundene Anlagen des Extraordinariums genommen werden. Der Minister schildert nochmals die im Jahre 1926 vorhandenen Reserven des Etats. Sämtliche Überschüsse aus den Jahren 1924 und 1925 sind im Vorjahre etabliert worden (Hört, hört! bei der Mehrheit). Lediglich der Betriebsfond ist nicht angegriffen worden, weil das der Reichstag noch nicht für nötig gefunden habe (Abg. Koch (Dem.): Damit ist Reinhold entlastet). Ich habe ihn gar nicht angegriffen! (Abg. Koch: Aber Herr Oberführer!) Ich bitte dringend, das Arbeitslosenversicherungsgesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Das Real- und Hauszinssteuerentlastungsgesetz wird nicht erst am 1. Oktober, sondern bereits in aller nächster Zeit dem hohen Hause zugehen. Wir leiden immer noch unter einer Überspannung unserer Steuerlasten und Steuerföcke. Im Jahre 1926 wurden Reichsteuern gesenkt. Dieser Mal verfahren wir es mit der Senkung der Realsteuern. Nach den Verhandlungen mit den Ländern habe ich Grund zur Annahme, daß diese Bestimmung nicht nur Attrappe bleibt. Sie ist durchführbar, nachdem die Reichsregierung Ländern und Gemeinden die hohen Lasten abgenommen hat. Ich hoffe, im Laufe dieses Jahres auch die Verwaltungsreform in Angriff nehmen zu können. Daß die Regierung hinter den Vorwürfen der Koalitionsparteien steht, ist schon seit Wochen kein Geheimnis mehr. Weiter führte der Redner aus, es handle sich übrigens nur um einen vorläufigen Finanzausgleich (Rufe links: Und wann kommt der endgültige?) Ich hoffe, daß wir im Frühsommer 1928 an der Arbeit sein können (Zurufe bei den Kommunisten: Das glauben Sie ja selbst nicht — Unruhe bei der Mehrheit). Ich muß mich energig dagegen bewahren, daß man mir Zweifel in die Brautheftigkeit meiner Erklärungen setzt (Beifall bei der Mehrheit). Die Bestimmung zur Senkung der Realsteuer ist sozusagen ein Eingriff in die Steuergesetzgebung der Länder. Partikularistische Tendenzen liegen mir völlig fern. Ich halte es mit den Worten Bismarcks, dessen Geburtstag wir heute feiern: „Partikularismus ist eine Basis der Schwäche“. Von einem Milliardenbescheid an die Länder ist gar keine Rede. Die höhere Garantie gilt nur der Realsteuerentlastung. Die Auffassung des preussischen Ministerpräsidenten von der Biersteueranleihe sind die Grenzgebiete Preussens in keiner Weise geschädigt worden. Im Gegenteil haben wir ja in den letzten Tagen für die Rulphilfe 30 Millionen neu eingesetzt, den Grenzfonds von 15 auf 25 Millionen erhöht (Sehr richtig! bei der Mehrheit). Die Abfindung anderer Länder für Eisenbahn, Post usw., wird nicht hinter dem Rücken des Reichstages oder Reichstages geregelt werden. Im übrigen scheint mir die Erörterung solcher Dinge für die gesamtpolitische Debatte wenig zuträglich zu sein (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt: Die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten seien durchweg abwegig gewesen. Dem Zentrum sei es unverständlich, wie der preussische Ministerpräsident solche falsche Behauptungen über die Grenzgebiete aufstellen könnte. Der Grenzfonds von 15 Millionen Mark sei auf Antrag des Zentrums mit Unterstützung aller Regierungsparteien und unter Zustimmung der Regierung auf 25 Millionen erhöht worden (Hört, hört! bei der Mehrheit). Außerdem habe man für die Rulphilfe 30 Millionen neu bewilligt, hingegen seien keine Ausgaben für die bedürftigen Gebiete getriert worden. Die Regierungsparteien hätten nur die Hoffnung, daß dieses Vorgehen des Reiches in den Provinzen Nachahmung finde (Beifall bei der Mehrheit) und daß Preußen nicht wieder, wie vor zwei Jahren, bei einem 75-Millionen-Fond 2½ Millionen für Schulpflichtformen verwendet (Hört, hört!).

Abg. Drevis (Wirt. Vag.) erklärt, das finanzielle Entgegenkommen gegenüber den Ländern und Gemeinden mache es der Wirtschaftspartei unmöglich, noch länger der Regierung wohlwollend neutral gegenüberzutreten. Die Realsteuerentlastung würde unter diesen Umständen ein schöner Traum bleiben. Ich sehe keinen anderen Weg, der Verschwendung der Länder und Gemeinden zu steuern, als sie auf sich selbst an-

zuweisen, ihnen das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu geben.

Abg. Sampe (D. Hann.) erklärt, da im Ausschuß alle unsere Anträge abgelehnt worden sind, stimmen wir gegen den Finanzausgleich.

Abg. Koch (Dem.) zitiert die erste Rede des Finanzministers Dr. Köhler und fügt hinzu, diese habe dem Abg. Oberführer Gelegenheit gegeben, die Kritik Dr. Köhlers an seinem Vorgänger zu unerhörten Angriffen zu verbichten. In der Öffentlichkeit sei damals davon gesprochen worden, Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof zu stellen.

Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund) empfiehlt den Finanzministern, sie sollten einmal die Großbanken unter die Lupe nehmen. Der Redner empfiehlt eine Modesteuer für diejenigen, die durch ihr Herumlaufen selbst die bayerischen Berge verhandeln (Geisterheit und Beifall).

Abg. Herr (Bauernbund) stimmt dem Finanzausgleich zu. Abg. Herr (Soz.) lehnt die Erhöhung der Gesamtgarantie für die Länder von 2,4 auf 2,6 Milliarden und den neuen Verteilungsschlüssel ab.

Staatssekretär Bopp verteidigt den Verteilungsschlüssel. Der neue Schlüssel sei eine Folge der Aufhebung der Umsatzsteueranleihe.

Abg. Oberführer (Deutschl.) erklärt: Da es die Demokraten wünschen, stelle ich nochmals fest, daß Dr. Reinhold die Reserven von 1924 und 1925 reiflos zur Ausbalancierung des Etats für 1926 verbraucht hat (Sehr richtig! rechts). Die Folgen machen sich jetzt erst in erschreckender Weise bemerkbar.

Abg. Herr (Soz.) beantragt, die Steuerentlastung solle in erster Linie Kleinverdienenden und Kleinbauern bis 5000 M. zugute kommen.

Es folgt die Abstimmung zum 1. Abschnitt des Finanzausgleichsgesetzes.

Die vom Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragte Streichung des § 4 (Garantie von 2,6 Milliarden), wird in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 156 Stimmen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten und die Wirtschaftspartei beantragen Streichung der Sonderverteilung nach dem Umsatzsteuerschlüssel. — Auch dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 160 Stimmen abgelehnt.

Das gleiche Schicksal haben die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, sowie Anträge der Wirtschaftspartei und der demokratische Antrag, den Finanzausgleich nicht zwei, sondern nur ein Jahr gelte zu lassen.

Beim Abschnitt „Getränksteuer“ gibt Abg. Simon-Schwaben (Soz.) dem Wunsch der Gemeinden Ausdruck, diese Steuer bestehen zu lassen, weil sich sonst die Realsteuer erhöhen müsse.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beantragt für den Fall der Annahme des Bierpennings, die Gemeinden, die schon durch den Umsatzsteuerverteilungsschlüssel geschädigt werden, nicht zur Senkung der Realsteuern zu zwingen.

Abg. Molat (Wirtschaftspartei) verlangt gleichfalls Einlösung des Bierpennings, daß mit dem 1. April die Getränkesteuer radikal beseitigt werde.

Unter Ablehnung sämtlicher Anträge wird entsprechend der Vorlage die bisherige Gemeindegetränksteuer beseitigt, die neue Gemeindegetränksteuer angenommen.

Der Rest der Vorlage wird bis auf den Abschnitt „Hauszinssteuer“ angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Samstag vormittag 10 Uhr; außerdem Arbeitszeitnotgesetz. Schluß 8¼ Uhr.

W.B. Berlin, 2. April (Tel.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt preussischer Ministerpräsident Braun eine Erklärung ab, die sich gegen die Behauptung des nationalsozialistischen Abg. Fried richtet, der preussische Ministerialdirektor Badi habe den Krieg nicht mitgemacht, sondern habe damals noch kurze Hosen getragen. Redner betont, daß Ministerialdirektor Badi bereits seit 1908 im preussischen Staatsdienst stehe, die juristische Examina abgelegt, im Felde an der Front gestanden und das Eisenerkreuz erhalten habe. (Hört, hört! links und Rufe: „Berkumbe! Lump!“ Er findet keine Worte der Entschuldigung.)

Darauf wird die 2. Lesung des Finanzausgleichs fortgesetzt beim Abschnitt „Hauszinssteuer“.

Abg. Biedermann (S.) spricht über die ungeheure Wohnungsnot und beantragt, den Ländern zu verbieten, daß sie mehr als 20 Prozent der Friedensmiete für ihren allgemeinen Finanzbedarf verwenden. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete, so muß der Mehrertrag ausschließlich zum Wohnungsbau verwendet werden.

Abg. Hüllein (Komm.) beantragt Beschränkung der Miete auf 80 Proz. der Friedensmiete bis 1940 und Verwendung von 20 Proz. des Mietertrages für Instandsetzungen unter Kontrolle des Mieterrates.

Der Redner erhält einen Ordnungsruf, weil er der Mehrheit zugerufen hat: „Sie haben ja immer ein Brett vor dem Schilde!“ Abg. Winnefeld (D. Vp.) erhält gleichfalls einen Ordnungsruf, weil er darauf geantwortet hat: „Sie sind ein Schafkopfl!“

Abg. Schneider (Dem.) beantragt, wenigstens auf die besonders unter der Hauszinssteuer leidenden Gewerbe Kleinhändler und Pensionen in Badeorten nur für die Kurzzeit zu dieser Steuer heranzuziehen.

W.B. Berlin, 2. April. (Tel.) Im Reichstag wurde heute das Finanzausgleichsgesetz und das Gesetz über die Erhöhung der öffentlichen Biersteueranteile in 2. und 3. Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien und des Bayer. Bauernbundes angenommen. Die Schlusstimme über die Erhöhung der Anteile war eine namentliche und ergab die endgültige Annahme mit 195 gegen 148 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch über Kanalfragen

Reichsverkehrsminister Dr. Koch führte vor Vertretern der Presse zu der Annullierung der Beseitigung des selbständigen Verkehrsministeriums aus: Es werde nichts erreicht, wenn man zwei Ministerien zusammenlege, um zu sparen. Dadurch wird nur eines von beiden größer und unübersichtlicher und der Geschäftsgang wird verlangsamt. Gespart wird einzig ein Ministergehalt. Das Kanalprogramm des Ministeriums werde weiter voll durchgeführt, gemäß des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Vom Reichstag sei keine Kanalposition getrichen worden, sondern die Posten seien zum Teil herabgesetzt worden. Auch die Vorarbeiten für den Südsüßgel des Mittelalters gingen weiter. Getrichen worden sei lediglich ein Teil der Kanalplanung der Weser. Eine Reihe von nicht im Ministerium entstandener Kanalpläne werde geprüft, so das Problem des Danne-Kanals, des Rhein-Aden-Kanals und andere. Der Reichstag habe ein besonderes Kanalgesetz gefordert, das solle mit einer Denkschrift dem Reichstage vorgelegt werden. Dabei würde die Notwendigkeit der Befreiung der Kanalplanung begründet werden. Streckungen im Etat seien nicht immer Erlaubnisse, denn durch die Hinauszögerung der Bauten fliegen Verzinsung usw.

Politische Neuigkeiten Zwischenfälle vor dem Bismarckdenkmal in Berlin

Vor dem Bismarckdenkmal vor dem Reichstag erschien am Freitag anlässlich des Geburtstages des alten Reichskanzlers eine Abordnung unter Führung des Generalmajors a. D. v. Wisberg. Dieser versuchte, eine Ansprache zu halten, wurde aber von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß die den Bestimmungen des Versammlungsgesetzes widerspreche. Als der Redner trotzdem weiter sprach, forderte ihn ein Schutzmann auf, mit zur Wade zu kommen. Wisberg folgte dieser Aufforderung, brach aber nach 20 Minuten plötzlich zusammen. In der Chancé konnte nur noch sein Tod infolge Schlaganfalls festgestellt werden. General von Wisberg war im alten preussischen Kriegsministerium Abteilungschef gewesen und in dieser Eigenschaft häufig im Reichstag aufgetreten.

Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags brachte den Vorschlag im Parlament zur Sprache. Bei der Beratung seines Etats nahm der Minister des Inneren Grafenki Anlaß, auf den Vorschlag zurückzukommen. Er erklärte, daß rechtlich die Kranzniederlegung sich als eine Versammlung unter freiem Himmel darstelle, und daß der Polizeibeamte eine solche nicht zulassen dürfe. Nach einer neuen Darstellung habe, wie der Innenminister in einer weiteren Rede ausführte, jedoch Generalmajor von Wisberg nur mit einigen Worten eine Kranzniederlegung begleiten wollen. Wenn diese Darstellung zuträffe, so habe der Beamte unrichtig gehandelt. Er dürfe diese Kranzniederlegung nicht hindern und hätte General v. Wisberg nicht auffordern dürfen, zur Wade mitzugehen, sondern er hätte lediglich nach dem Namen fragen dürfen. Treffe die neue Darstellung zu, so sei der Beamte zu bestrafen. Nach der Befragung des Generalleutnants von der Lippe, der Augenzeuge des Vorfalls war, soll sich der betreffende Polizeibeamte keineswegs brutal oder besonders unfreundlich benommen, vielmehr nur ein ziemlich ängstliches Wesen an den Tag gelegt haben, zumal er der Ansicht gewesen sei, daß Wisberg eine längere Rede habe halten wollen.

Der saarländische Landesrat und die Genfer Beschlüsse

In der Donnerstag-Sitzung des Landesrates des Saargebietes nahmen die Parteien Stellung zu den Genfer Beschlüssen. Es wurde anerkannt, daß alles erreicht worden sei, was im Rahmen des Möglichen zu erreichen gewesen sei und daß das Kompromiß über die Wahnsturzgruppe von 800 Mann ein Fortschritt sei gegenüber der Tatsache, daß bisher im Saargebiet ca. 3000 Mann französischer Soldaten standen. Volle Abreiseentscheidung herrsche auch in dem Bedauern darüber, daß in der Frage der Ablösung des belgischen Mitgliedes der Regierungskommission, Lambert, nicht erreicht worden sei. Der zweite Teil der Sitzung war einer Aussprache über die wirtschaftliche Notlage des Saargebietes gewidmet. Lohn- und Gehaltsabbau im Verein mit schlechter wirtschaftlicher Konjunktur und einer Steuerbelastung, die höher ist als im Reich, bedrohen das Saargebiet mit einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe, die nur durch Erleichterung in der sozialen Gesetzgebung abgewendet werden könne.

Eine asiatische Liga?

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey erklärte dem Vertreter des Pariser „Matin“ in Ankara, die Türkei habe sicher asiatische Interessen, weil sie an der Türe Mittel- und Westasiens liege und die Vertreterin der europäischen Zivilisation nach diesen Gegenden hin sei. Alle die Pläne, die man der Türkei betr. eine Gruppierung der asiatischen Mächte, die gegen Europa gerichtet sei, zuschreibe, seien aber absurd. Die Türkei sei zu eng mit Europa durch ihre Interessen und durch ihre Geschichte verbunden. Die Ereignisse in China berühren die Türkei nur in einem einzigen Punkte. Wie überall, so sei auch in China dem Türken eine großartige nationale Bewegung sympathisch; aber man dürfe wünschen, daß diese Bewegung einen vollkommen friedlichen Verlauf nehmen werde.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. Am Montag begannen in Paris die Verhandlungen über den endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag.

Der österreichische Nationalrat hat am Freitag mit der Annahme des großen Gesetzeswerkes der Altersversicherung seine Legislaturperiode abgeschlossen.

Nacharbeit in den italienischen Bädereien. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch das in großen Bädereibetrieben, deren Bädern andauernd geheizt sind, die Nacharbeit wiederum zugelassen werden kann, unter der Bedingung, daß die Bädereigebühren sich dabei ablesen.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 31. März. Börse. In den letzten Tagen des letzten Monats fehlten die erwarteten Quartalskurse ein, nahmen aber keinen beträchtlichen Umfang an. Nach den umfangreichen und fast übergroßen Ultimovorbereitungen waren der Börse die Ultimoforgaben genommen, und die Tendenz wurde fester. Den Anstoß gaben rheinische Käufe, die sich vor allem auf Kohlenwerte erstreckten. Die rheinisch-westfälische Industrie zeigt sich sehr optimistisch. Auch von Holland wurden Käufe vorgenommen. Der Börsenbewegung, die in der Hauptsache von der Spekulation getragen war, fehlte aber die Beteiligung der außerhalb der Börse stehenden Kreise, die sich weitgehend Zurückhaltung auferlegten und abwarten wollten. Da zeitweilig auch die Spekulation zu Glattstellungen schritt, war die Kursbewegung nicht einheitlich. Die Grundstimmung blieb aber fest. Die Weiterentwicklung wird ganz von der Entwicklung des Geldmarktes abhängen.

Geldmarkt. Nach den ausgiebigen Vorbereitungen wird der Markt keine weiteren Schwierigkeiten mehr bereiten. Seit etwa einer Woche haben sich auch die Geldsätze nicht mehr weiter nach oben bewegt. Zuletzt sind sie sogar noch etwas billiger geworden.

Auf den Produktivmärkten war die Tendenz wieder fester. Namentlich Daser lag im Preise an, da im Ausland Begehrt nach deutschen Gafertorten. Auch die festeren Wiedlungen aus Übersee wirkten auf die Tendenz ein. Das Angebot aus dem Inland war immer noch spärlich. In der Berliner Produktivbörse notierten Weizen 270 (plus 1), Roggen 255 (plus 9), Wintergerste 205 (unv.), Sommergerste 242 (unv.), Daser 210 (plus 4) März je pro Tonne und Wehl 36½ (unv.) März pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Auf die Leipziger und Kölner Frühjahrsmesse ist jetzt die Frankfurter Frühjahrsmesse gefolgt, die ebenso wie die anderen Messen einen deutlichen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Auch aus Frankfurt wird aus allen Branchen über einen besseren Geschäftsgang berichtet. Die Ergebnisse der Messen zeigen, daß die Entwicklung unserer Wirtschaft in aufsteigender Linie sich befindet. Auch die Senkung der Arbeitslohnverhältnisse zeigt schon die günstigeren Wirtschaftslage.

Badischer Teil

Die Eheaufösungen in Baden im Jahr 1926

Im Jahr 1926 wurden im Land Baden 797 Urteile über Eheaufösungen rechtskräftig, und zwar 783 Scheidungen und 14 Nichtigerklärungen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl um 102 abgenommen. Im Jahr 1900 betrug die Zahl der Eheaufösungen 188, im Jahr 1914 auf 481, ging im folgenden Kriegsjahr (1915) auf 243 zurück und nahm dann wieder zu, bis sie im Jahre 1920 mit 1156 ihren Höchststand erreicht hatte; von da ab ist wieder eine rückläufige Bewegung zu beobachten.

Die Eheaufösungen des Berichtsjahres verteilen sich nach dem Wohnort der Ehepaare auf 140 Gemeinden. An der Spitze steht Mannheim mit 202 Fällen, dann folgen Karlsruhe (117), Freiburg (80), Pforzheim (66) und Heidelberg (41). Fünf Städte haben 10 bis 19, sieben 5 bis 9 Eheaufösungen. Mit Ausnahme der Amtsbezirke Wertheim und Wiesloch waren alle Bezirke vertreten, davon 4 mit 20 bis 29 und 5 mit über 40 Fällen.

Dem Berufe nach gehörten von den geschiedenen Ehemännern 3,5 Proz. der Landwirtschaft und Gärtnerei, 51,2 Proz. dem Gewerbe und der Industrie, 30,0 Proz. dem Handel und Verkehrsgewerbe an; 5,4 Proz. waren Tagelöhner, 8,9 Proz. Angehörige der sog. freien Berufe und 1,0 Proz. Pensionäre, Priuate und dergl.

Nach dem Religionsbekenntnis waren 333 Ehepaare rein evangelisch, 298 rein katholisch, 7 israelitisch, 1 lutherisch und 1 griechisch-katholisch; 157 waren Mischehen, davon war in 74 Fällen der Mann evangelisch und die Frau katholisch, in 72 Fällen der Mann katholisch und die Frau evangelisch, in 11 Fällen waren beide Eheleute Angehörige sonstigen Religionsbekenntnisses.

In 288 Fällen war der Mann, in 507 die Frau und in 2 die Staatsamtswahlmänner, in 196 Fällen erhob der Mann und 157 die Frau Gegenklage. 281 mal § 1565 des BGB. (Ehebruch Grund zur Klage, 23 mal § 1567 (böswilliges Verhalten), 14 mal § 1569 (Geisteskrankheit) 67 mal § 1565 in Verbindung mit § 1568 Klagegrund. In 441 Fällen wurde der Mann, in 162 die Frau und in 194 beide Teile als schuldig erkannt.

428 Ehepaare hatten minderjährige Kinder, davon sieben je 6, acht je 5 und eines 7; die Gesamtzahl dieser Kinder betrug 1386. 374 Ehen waren kinderlos.

Die Dauer der Ehe betrug bei 233 Ehepaaren unter 4 Jahre, 299 Ehepaaren 5 bis 9 Jahre, 115 Ehepaaren 10 bis 14 Jahre, 68 Ehepaaren 15 bis 19 Jahre, 65 Ehepaaren 20 bis 29 Jahre und bei 17 Ehepaaren über 30 Jahre.

Die geringste Dauer war 8 Monate, die höchste 37 Jahre. Von den geschiedenen Männern waren zur Zeit der Eheschließung vier erst 19 Jahre alt; von den Frauen waren drei 17, zwanig 18 und 31 waren 19 Jahre alt. Dagegen hatten zwei Männer ein Geburtsalter von 64 und eine Frau ein solches von 58 Jahren. Zur Zeit der Scheidung war der jüngste Mann 22 und die jüngste Frau 20, der älteste Mann war 74 und die älteste Frau 68 Jahre alt.

Bund Deutscher Reichssteuerbeamten

Der Bezirksverband Baden des Bundes Deutscher Reichssteuerbeamten hielt in Karlsruhe im „Friedrichshof“ einen fast besuchten Einigungsverbandstag ab. Das Einigungsprotokoll wurde allenthalben lebhaft begrüßt. Es sprach u. a. der Präsident des Landesfinanzamtes Karlsruhe, Stamer, über die Notwendigkeit eines dem Reichsfinanzminister vorzulegenden klaren Programms bezüglich einer Neuordnung der Besoldungsordnung. — Der Vorsitzende des neuen Bundes, Oberinspektor Bögel-Berlin hielt eine programmatische Rede. Er beklagte die bisher auf vielen Finanzämtern zutage tretende Überlastung und forderte eine Änderung der Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse. Die Reichssteuerbeamten sollten darnach tragen, daß auch sie im Reichstage vertreten sind. — Zum ersten Vorsitzenden des Bezirksverbandes Baden wurde Steneramann Längle-Karlsruhe gewählt. Als nächster Tagungsort ist wiederum Karlsruhe vorgesehen. An Reichsfinanzminister Dr. Köhler wurde eine Ergebnissadresse gerichtet.

Nichtigstellung. Bei der Abstimmung im Badischen Landtag wurde der Antrag des Ausschusses zum Fall Rudy auf Abgang zur Tagesordnung mit folgendem Stimmenverhältnis angenommen: 36 Stimmen waren für den Antrag, gegen 11 Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung. Außerdem enthielten sich 7 Abgeordnete der Stimme (Deutsche Volkspartei und Kommunisten).

Badisches Landestheater

Länge

Es ist nicht ganz einfach, über diesen bunten Strauß von Landdarbietungen so schön zu schreiben, wie er es eigentlich verdient hätte. Schon den 29 Nummern, die das Programm umfaßt, gerecht werden zu wollen, wäre gewisse Anstrengung. Es bleibt also kaum anderes übrig, als sich möglichst korrekt und gewissenhaft auf das Nötigste und wohl auch Wesentlichste zu beschränken. Nun, als Tatsache ist zunächst festzustellen, daß das badische Landestheater die Parforce- und Elite-Ballettenseen von ehemals gottlob nicht mehr kennt, sondern auf dem besten Weg scheint, sich eine zeitgemäße Ranggruppe anzugliedern. Man muß so ernsthaft Dinge wie die „Raumstudie“ oder die „Revolutions“, oder den „Sprungtanz“ nur eben als erfreuliche Momente einer solchen Anfangsperiode hin zu einem produktiven Stil erkennen und gegenüber der unsozialen Fährlichkeit manch früherer Darbietung eine erfreuliche Konzentration des Willens positiv bejahen. Allerlei Begabungen sind überdies dazugekommen oder nachträglich entdeckt worden. Während vor noch nicht allzulanger Zeit unsere Ballettdamen bloß auf Kosten ihrer Reine auf der Bühne herumstapelten, haben sie jetzt immerhin gelernt, daß die moderne Tanzportiererei auch einen Kopf braucht; sie tanzen fast alle nicht mehr auf „Gesehenwerden“, sondern wissen, daß auch eine Portion Psychologie zu dem nötigen Training gehört.

Soviel vom allgemeinen, sehr günstigen Eindruck, der die Vermutung nahelegt, daß irgendein zeitgemäßes Gymnastisches System sogar auf die Körperpflege und Körperkultur eines Theaterballetts wohlthätigen Einfluß üben kann. Über Einzelheiten kann leider, wie gesagt, nur eine ungefähre Andeutung gegeben werden. Man muß natürlich vor allem Edith Dieckhoff herausgreifen, schon weil sie Schrittmadonnen und Anregerin des Wertzuwachses ist und dazu selbst eine Tänzerin von solch anmutig erblühender Fülle und Intenstat, daß für ihren leidenschaftlichen Schönheitssinn das Wort von der trügerischen Fassade sich wirklich nicht ziemt. Das ist vielmehr angeborene Fähigkeit und trotz jugendlichen Alters so bewundernswert, weil es sich überhaupt nach langen und

Die Einreise für Arbeitsuchende nach Frankreich

Nach einer Mitteilung der französischen Regierung ist die Kontrolle derjenigen Nichtfranzosen, die nach Frankreich einreisen, um dort Arbeit zu suchen, neu geregelt worden. Hiernach muß jeder dieser Einreisenden versehen sein: 1. mit einem persönlichen (Einzel-) oder Kollektivarbeitsvertrag, der durch die zuständige Abteilung des französischen Arbeitsministeriums oder, wenn es sich um landwirtschaftliche Arbeiter handelt, des französischen Ministeriums für Landwirtschaft bestätigt ist; 2. mit einem den guten Gesundheitszustand bescheinigenden ärztlichen Zeugnis, das von einem durch ein französisches Konsulat beglaubigten Arzt ausgestellt ist; dieses Zeugnis wird durch das französische Konsulat gebührenfrei visiert. Diejenigen Personen, welche schon eine Anstellung in Frankreich haben und zeitweise nach Deutschland auf Besuch oder Urlaub zurückgekehrt sind, brauchen einen neuen Arbeitsvertrag nicht nachzuweisen; bei ihnen genügt es, wenn sie den Urlaubsschein und einen durch eines der oben bezeichneten französischen Ministerien bestätigten Nachweis über ihre Wiederanstellung durch den Arbeitgeber vorlegen.

Das französische Konsulat weist darauf hin, daß Arbeitnehmer, die sich an der Grenze befinden, ohne die genannten Förmlichkeiten erfüllt zu haben, zurückgewiesen werden.

Die Stadtratswahlen in Baden-Baden. Wegen die am 3. Dezember 1926 vollzogenen Stadtratswahlen hatte die Kommunistische Partei Einspruch erhoben, weil der Wahlstimmenschein nicht ihr zugeteilt wurde. Die Klage wurde unterm 17. Dezember vom Landeskommissar abgelehnt; darauf erfolgte unterm 23. Januar die Erhebung der Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof, die die Angelegenheit letztinstanzlich am 15. März behandelte. Nach dem nun verkündeten Urteil wird der Einspruch der Kommunisten kostenpflichtig zurückgewiesen. Der neue Stadtrat, in dem die Kommunisten nicht vertreten sind, kann seine Tätigkeit nunmehr aufnehmen.

Aus der Landeshauptstadt

Innenbesetzung. Am 21. März wurde hier, wie gemeldet, unter harter Beteiligung der Verein zur Förderung der Inventionalisierung gegründet. Der Verein erstreckt sich auf nationalen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gebieten die Schaffung von Bauernbesetzungen. Mitglieder des Vereines können Einzelpersonen, Vereine und Körperschaften werden. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Stephanienstraße 43.

Bismarckfeier. Die Militär- und Bismarckvereine von Karlsruhe und Umgebung, sowie die Vaterländische Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, veranstalteten am Freitagabend aus Anlaß von Bismarcks Geburtstag im Großen Festsaal eine vaterländische Kundgebung. Landtagsabg. Müller hielt dabei die Gedächtnisrede.

Ausführung des Badischen Verkehrsverbandes. Am Samstag, den 2. April, tritt der erweiterte Landesauschuss des Badischen Verkehrsverbandes nachmittags 3 Uhr zu seiner Sitzung zusammen. Im Anschluß an die Tagung wird der Heimatfilm vom Badenland der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe den Teilnehmern vorgeführt.

Der von Karlsruhe Presse. Der „Badische Beobachter“, das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, hat infolge des Aufschwungs, den die Badenia N.-G. nach dem Kriege genommen hat, das Heim in der Adlerstraße den jetzigen Bedürfnissen entsprechend erweitert. Das nun entstandene neue Gebäude, das nach dem Namen des badischen Zentrumspartei-„Theodor-Waackhaus“ heißt, dürfte allen Anforderungen des Betriebes entsprechen. Aus Anlaß der Inbetriebnahme des neuen Bürohauses hat der „Badische Beobachter“ eine Festschrift herausgegeben, die die Entwicklung der Zentrumspresse in Baden und insbesondere des „Badischen Beobachters“ in Wort und Bild schildert.

Raubüberfall. Bei Anielingen wurde Freitag mittag einem Boten der Hellulosefabrik Wagan, namens Siegel, von zwei Männern die Tasche mit 21000 M. Lohngebern geraubt. Die Täter sind entkommen. Allen Anschein nach handelt es sich um einen lang vorbereiteten Raubüberfall, da die beiden Strauchritter davon Kenntnis haben mußten, daß der Bote gerade zu dieser Stunde die Lohngebel für den Jahrestag überbringen sollte. Der Bote hatte von Karlsruhe aus die Straßbahn benutzt und war von Anielingen mit dem Fahrrad nach Wagan gefahren. Plötzlich wurde er von einem Radfahrer angefahren, so daß er vom Rad fiel. Im Begriffe aufzustehen, bekam er mehrere Faustschläge ins Gesicht und auf den Kopf. Einer der beiden Männer hatte ihm Pfeffer in die Augen gestreut, so daß es dem Angefallenen momentan nicht möglich war, sich zu orientieren. Die Räuber ließen bei ihrer Flucht in den Nebenbahnen ein Fahrrad Marke „Saxat“, Fabriknummer 11168, zurück, ebenso vier Kopfbekleidungen. Bald nach der Tat wurden von der Gendarmetrie Anielingen und von der Polizeibehörde Karlsruhe angegebene Redereien und Streifen unternommen.

mühseligen Jahren der Arbeit nie erreichen läßt. Verdienstmehre seien aber auch Anni Preiser, Gertrud Schneider, Selma Mangel, Elise Ebert, Elise Wieland, Josef Frankmann, Schnauffer, Toni Widmann, Johanna Sonntag-Siebert und Anni Hoffmann als Solotänzerinnen hervorgehoben. Zur Verbesserung ihrer jetzigen Leistung trat vortrefflich die bestimmende und klar begrenzte Wahl der Kostüme, die zusammen mit Edith Dieckhoff Margarete Schellenberg entworfen hatte. Die Langstrahe Schor begleitete dem Geist des Musikstils und der Melodie des Leibes gemäß Josef Reilberth; es war sicherlich nicht leicht, der aus Straußschen Balzertönen und aus anderen — zum Teil von Strun geschickt instrumentierten — Stücken gewählten Musik sofort einen straffen Rhythmus zu geben. Das Haus applaudierte des öfteren so demonstrativ, daß einige Längen wiederholt werden mußten. P. Sch.

Das Beethovenblatt der Badischen Jugendlotterie. Es war ein guter Gedanke, als der Meister der Goldschneiderei an der Badischen Landesmusikschule, Prof. E. Wartenberger, für die Badische Jugendlotterie 1927 einen seiner wertvollen Holzschnitte zur Verfügung stellte, mit welchem er das Bildnis des großen Komponisten zeigt. Dieses reizvolle Blatt, das in beschränkter Anzahl unter den Seriengewinnen veräußert wird, gibt vor allem den innerlichen Beethoven wieder und zeichnet sich durch eine vornehm künstlerische Kultur aus. Der Holzschnitt ist mit ein Zeichen dafür, daß die Badische Jugendlotterie auch mit ihren niedrigen Seriengewinnen Dinge unter das Volk bringen will, die von bleibendem Werte sind. Möge ein Jeder so auf seine Weise mit am Bau der Jugendherbergen und Jugendheime helfen.

Die Beethoven-Zentenarfeier in Wien wurde am Freitag durch eine Fahrt nach Mödling und Baden, wo Beethoven oft weilte, und viele seiner unsterblichen Werke geschaffen hat, beendet. In Mödling, wo sich auch der Reichsfinanzrat a. D. Dr. Wirth eingefunden hatte, begrüßte Ministerialrat Dr. Kowal in Vertretung des Unterrichtsministers die Fahrtteilnehmer. Nach einer Besichtigung des Stiffs Heiligenkreuz begaben sich die Fahrtteilnehmer nach Baden, wo Bürgermeistermeister Jecher die Gäste begrüßte.

Ben Hur, der bekannte Großfilm, läuft zur Zeit in den Bad. Lichtspielen. Getreu nach dem Roman des amerikanischen Schriftstellers Lewis Wallace, werden die Leiden der Juden unter römischer Herrschaft geschildert. Der Film sucht zu zeigen, wie die ganze Welt damals unter dem Joch der Römer seufzte und nach einem Erlöser rief, der auch in Gestalt Christi kam. Die Hauptrolle in diesem gewaltigen Werk hat ein überzeugter Jude „Kring Juda Ben Hur“, der versucht, sein Volk von den Bedrückern zu befreien. Von den Römern gefaßt, kommt er als Galeerensträfling auf ein Kriegsschiff. Bei einem Kampf der römischen Schiffe gelingt es ihm, den Befehlshaber zu retten und er erreicht durch diese Tat seine Freiheit. Badend ist der Aufruf, den er in dem Schiff seinen verzagten Leidensgefährten aufruft: „Warum sterben, so lange noch ein Feind lebt“. Die Anziehungskraft des berühmten Filmes hat sich bewährt, das Haus war bis auf den letzten Platz ausverkauft.

Badisches Landestheater. Nach zweijähriger Pause gelangt am Sonntag den 3. April Lorkings Oper „Bar und Zimmermann“ neuinszeniert zur Aufführung. Das Werk ist in Szene gesetzt von Oberregisseur Otto Krauß und wird musikalisch von Kapellmeister Alfons Nischner geleitet. — Es sind beschäftigt die Damen Elise Blant (Marie), Elisabeth Wanka (Witwe Brown), sowie die Herren Robert Bus (Marquis), Christian Lander (Lefort), Karlheinz Löfer (Schndham), Hans Siegfried (Zwanow), Franz Schuster (van Bett) und Rudolf Beyrauch (Bar). Die musikalische Leitung hat Otto Krauß, die musikalische Leitung Alfons Nischner.

IX. Sinfoniekonzert. Das Arnold Schönbergs „Verklärte Nacht“, die im neunten Sinfoniekonzert am Montag, den 4. April, vom gesamten Streichkörper des bad. Landestheaterorchesters gespielt wird, ein romantisches Jugendstück von sensibelster Instrumentierung ist, dürfte wohl von früheren Aufführungen her noch in Erinnerung sein. Weniger bekannt ist jedoch, daß auch das zweite Orchesterwerk des Abends sich heute schon einen festen Platz in der jüngsten Musikgeschichte erobert hat, nicht nur, weil Heinrich Kaminski im Kreise der gegenwärtig schöpferischen Generation singular dasteht, sondern, weil sein Concerto grosso eine organische Verbindung zwischen der Epoche vor Bach und dem zeitgenössischen Schaffen mit deutschem Erfolg anstrebt. Die Mitte des Programms gehört ebenfalls einem badischen Musiker; von Arthur Kusterer kommen die Sinfonischen Gesänge (op. 12) zur Aufführung, die für eine Sopranstimme (Tilly Wattermann) nach eigenem Text geschrieben sind. Die musikalische Vorbereitung des Konzertes liegt in der Hand von Generalmusikdirektor Josef Krips.

Zum Gastspiel der Minderstufe Stuttgart. Zahlreiche Bücher und Schriften über die Lehrweise A. Gluckers sind in ganz Deutschland verbreitet. Unter Mitwirkung von Dr. med. Scherb und Speziallehrkräften für alle Fächer, hat sich die Stuttgarter Minderstufe eine große Anhängererschaft erworben, so daß in Stuttgart allein 3. Jt. 46 Kurse laufen, ohne die auswärtigen Wanderkurse. Es ist darum erfreulich, daß auch in Karlsruhe in Kürze (Dienstag, 5. April, abends 8 Uhr, Eintritt) Gelegenheit geboten ist, durch Vorführungen der Meisterklasse mit dieser Lehrweise bekannt zu werden. Die Vorführung findet unter persönlicher Leitung von A. Glucker statt, am Flügel Charlotte Poeschl, Stuttgart, Kostüme Prof. Renel. Karten: Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstraße, Ecke Ritterstraße. Leibesübungen treibende Vereine 20 Proz. Ermäßigung. Zwei Lehrende im Künstlerhaus.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der gestern über Frankreich gemeldete Wirbel hat sich außerordentlich rasch aufgefüllt. An seiner Stelle liegt heute ein Teil hoch. Im Westen drängt jedoch eine neuer ausgebreiteter Wirbel nach, so daß der längere Bestand der mit dem Zwischenhoch verbundenen Auflockerung nicht gesichert erscheint. — Voraussichtliche Witterung vom 2. April: Vorübergehende Besserung, etwas wärmer und weiß truden.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 5111
DAS LEBENS LIED

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Eitelberg, 1. April. Im Alter von über 70 Jahren ist der frühere ordentliche Professor der Alten Geschichte an der hiesigen Universität, Dr. Alfred v. Domaszewski, gestorben. Er wurde in München in aller Stille beigesetzt. Der Verstorbene wurde im Jahre 1890 an die hiesige Universität als Ordinarius berufen und lehrte hier bis zu seinem vor zwei Jahren erfolgten Rücktritt. Unter den wissenschaftlichen Werken des Vereingten fand besonders seine zweibändige Geschichte der römischen Kaiser weiteste Verbreitung.

Dr. Durlach, 1. April. In diesem Jahre feiert die Volksbank Durlach ihr 50jähriges Bestehen. Von den Gründern kann nur einer noch das Goldene Jubiläum der Bank mitfeiern. Es ist dies der 88jährige Registrator Friedrich Blum in Durlach. Der Reingewinn der Bank befreit sich auf 24 811 M., aus welchem 10 Proz. Dividende zur Verteilung kommen sollen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1295.

Dr. Ettlingen, 30. März. Eine hohe Ehrung wurde Herrn Leo Beer, Protokollist bei der Firma Vogel & Vertheimer Ettlingen-Wagan zuteil. Am 1. Juli vergangener Jahres feierte Herr Beer sein 40jähriges Arbeitsjubiläum und genannter Firma. Jetzt ging ihm aus diesem Anlaß ein persönliches Handschreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg zu, in dem dieser Herr Beer nachträglich seine Glückwünsche und seinen Dank für die ununterbrochene 40jährige hingebende treue Arbeit als Protokollist aussprach.

Dr. Freiburg, 1. April. Der Medaille Friedrich Würbel kann heute sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Viele Jahre redigierte er das „Freiburger Tagblatt“, war dann Leiter eines Wirtes in Sülgen, um 1919 an die „Freiburger Zeitung“ wieder nach Freiburg zurückzukehren.

Dr. Donaueschingen, 1. April. Das Ausbildungsabteil ist von einer Übung auf dem Truppenübungsplatz Müllingen gesteuert wieder nach hier zurückgekehrt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. April	3. April	2. April	3. April
Amsterdam 100 G.	168.55	168.97	168.51	168.93
Kopenhagen 100 Kr.	112.36	112.67	112.37	112.65
Italien . . . 100 L.	19.91	19.95	19.815	19.855
London . . . 1 Pf.	20.467	20.507	20.454	20.505
Neuhort . . . 1 D.	4.2125	4.2225	4.212	4.222
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.035	81.235	81.02	81.22
Wien . . . Schilling	59.24	59.38	59.24	59.30
Prag 100 Kr. 100	12.469	12.509	12.468	12.508

Offener Brief

an die Herren Bürgermeister in Baden

Jeder badische Gemeinde wurde das kleine Buch von Dr. Lempen, jeder Landwirt der Geburtsheifer seiner Haustiere zugestellt.

Die Sorge um ihren Viehstand sollte für jede Gemeindebehörde begleitend sein den jungen Landwirten bestens zu beraten.

Sie sollten nun nicht versäumen dieses wertvolle Anschaffungsmaterial in Ihrer Gemeinde einzuführen.

Wir empfehlen Ihnen möglichst bald etwa 10 Exempl. zu bestellen, denn wir können nur noch diesen Monat zum Vorzugspreis von Mk. 1.60 an die Gemeinden liefern. — Ab 1. Mai ist der Preis Mk. 2.50.

Weiland & Co.
Buchhandlung Lörrach.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Montag, den 4. April 1927

* Th.-Gem. 3. S.-Gr. und 601-700

9. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Krips

Solistin: Lilly Blättermann

1. Verklärte Nacht Schönberg
 2. Sinfonische Gefänge Kufner
 3. Concerto grosso Kaminski
- Anfang 8 Uhr Ende nach 9 1/2 Uhr
I. Sprechst. 4 Mark.

Eintrachtsaal

Dienstag, den 5. April, abends 8 Uhr

Einmaliges Gastspiel der Gucker-Schule Stuttgart

Karten zu Mk. 3.-, 2.-, 1.- inkl. Steuer in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr., Ecke Ritterstraße und in der Musikalienhdl. Kaiserstr. Ecke Waldstr.

Fritz Müller

Jagd-Versteigerungen.

Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiverpachtungs-Anzeigen sind in dieser Zeitschrift sehr erfolgreich. „Der Deutsche Jäger“ ist u. a. offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger und seiner Ortsgruppen, deren Mitglieder fast durchwegs Bezugsnehmer sind. G. 160

Verlag „Der Deutsche Jäger“
München, Brienerstraße 9.

Polizeibeamtenstelle.

Bei der Stadtgemeinde Walldorf (Baden) ist auf sofort eine planmäßige

Wachtmeisterstelle

in Gruppe IV zu besetzen. Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und von Dienstzeugnissen sowie eines Lichtbilds bis spätestens 10. April 1927 anher einreichen. Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung.

Walldorf (Baden), den 24. März 1927.

Der Bürgermeister: Trunf.

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefahren

Bezirkssparkasse Rheinfeld (Baden)

Öffentliche Verbandssparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	Rh.	Verbindlichkeiten	Rh.
1. Kassenbestand	14 797.46	1. Spareinlagen	800 316.40
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassamt	15 546.62	2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	205 658.—
3. Wertpapiere	49 513.—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	18 936.27	4. Anlehens- und andere Schulden	87 609.22
5. Darlehen auf Hypotheken	343 910.45	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	514 776.61	6. Rücklagen	—
7. Darlehen auf Schuldschein	46 901.45	a) gesetzl. Reservefonds	34 880.41
8. Darlehen an Gemeinden	126 000.—	b) Sonderrücklage	1 000.—
9. Einnahmerückstände	3 259.35	7. Reingewinn d. Jahre 1926	24 378.18
10. Grundstücke u. Gebäude	20 000.—		
11. Gerätschaften	1.—		
	1 153 642.21		1 153 642.21

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus Rh. 1.005.974.40 Einlagen = Rh. 80 477.96
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = Rh. 60 058.59
Somit weniger = Rh. 20 419.36

Rheinfeld (Baden), den 30. März 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Vogel, Bürgermeister.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

Todeserklärung.

§. 213. 2. 1. Lörrach. Die Luise Schmidt, Witwe geb. Sitter in Jbach hat beantragt, ihren Sohn, den am 20. Okt. 1890 in Unterbach geborenen, zuletzt in Lörrach wohnhaft gewesenen Landwirt Albert Schmidt für tot zu erklären. Derselbe wurde als Schwerverwundeter am 23. März 1915 in das Vereinslazarett Seimenkirch aufgenommen und am 6. Juli 1915 als Geistes zum Ersatz-Bataillon in Nehl entlassen. Seit dieser Zeit wird der Benannte vermißt. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, den 4. November 1927 vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht, Zimmer Nr. 17, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. **Bad. Amtsgericht II Lörrach.**

§. 226. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Straßer & Federbusch, Kallwerke, Kom. Ges. in Bruchsal wurde Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: Mittwoch, den 20. April 1927, vormittags 11 Uhr, im Amtsgericht Bruchsal, II. Stad., Zimmer 11.

Bruchsal, 18. März 1927. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
§. 235. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Badischen Herbfabrik G. Köpfer, Aktien-Gesellschaft vorm. S. Schreier, in Karlsruhe soll mit Genehmigung des Gläubigerausschusses eine weitere Abzugsverteilung erfolgen.

Hierzu sind verfügbar Rh. 31811.87 und zu berücksichtigen an festgestellten Forderungen ohne Vorrecht Rh. 105247.49.

Die bestrittenen Forderungen ohne Vorrecht betragen Rh. 33942.22. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A I in Karlsruhe auf.

Karlsruhe, 1. April 1927. Der Konkursverwalter: Emil Müller, Rechtsanwalt.

Todes-Anzeige.
Statt besonderer Anzeige.

Heute entschlief im 51. Lebensjahr nach längerem schweren Leiden, versehen mit den Tröstungen unserer heiligen Religion, mein lieber Gatte und treubesorgter Vater, unser Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Oheim

Adolf Albiez

Gasthofbesitzer.

Oberlauchringen, den 31. März 1927.
Gasthof Wutachtal

In tiefer Trauer:
Adele Albiez, geb. Holzscheiter
Max Albiez
Familie Irion-Albiez, Waldshut
Familie Mutscheler-Albiez, Waldshut
Familie C. Holzscheiter, Jestetten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. April 1927, nachmittags 2 1/2 Uhr, statt.

SINGER Nähmaschinen
in altbewährter Güte

Weitestgehende Zahlungs-erleichterungen
Mäßige Monatsraten

SINGER NÄHMASCHINEN
AKTIENGESELLSCHAFT
Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Werderplatz 42
Telephon 1379 Telephon 3021

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Sparkasse Schonach.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen.	Rh.	Schulden.	Rh.
Kassenbestand	3 751.07	Spareinlagen	97 291.59
Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassamt	4 019.71	Giro- und Kontokorrent-einlagen	27 696.03
Darlehen auf Hypotheken	105 087.35	Aufwertungskonto	756.72
Landw. Rentenbankkredite	32 487.36	Anlehens- und andere Schulden	103 379.54
Rechnung an Private	76 670.33	Landw. Rentenbankkredite	32 487.36
Darlehen auf Schuldschein	19 352.65	Rücklagen	62.57
Darlehen an Gemeinden	19 500.—	Reingewinn	3 333.58
Einnahmerückstände	2 293.82		
Gerätschaften	1 845.10		
	285 007.39		285 007.39

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1926.

Soll.	Rh.	Haben.	Rh.
Verwaltungsaufwand	6 135.83	Zinsen-überschuß	10 268.34
a) persönlicher	1 253.10	Gebühren	531.27
b) sachlicher	—		
Abreibung auf Gerätschaften	97.10		
Reingewinn	3 333.58		
	10 819.61		10 819.61

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus Rh. 124 987.63 Einlagen = Rh. 6 249.35
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = Rh. 3 396.15
Somit weniger = Rh. 2 853.20

Schonach, den 28. März 1927.
Der Verwaltungsrat: Runer.

Der Geschäftsleiter: Ostermann.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Druck G. Braun, Karlsruhe



Offertwunsch

Alleinst. Beamten-Witwe Friedl. ang. Auf. 4500 Mk. bar, mod. 5-Zimm. Einricht. u. Wohnung in Mittelbaden wünscht sich wied. m. beff. alleinst. Beamt. Witte 50 J. glücklich zu verehelichen. Angeb. bitte unter M. G. 268 der Karlsruher Zeitung.

Leichenwagen

Jede Ausführung vorrätig, günstigste Zahlungsbedingungen, liefern als Spezialität

Fahrzeug- u. Karosseriefabrik Lorch (Württemberg) 9.



Badisches Landestheater

Sonntag, 3. April 1927

Nachmittags 14. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Tafel

Drama in vier Akten von Melchior Lengyel

- In Szene gef. v. F. Baumbach
- Toleramo Dahlen
 - Hofhildawa Gemmede
 - Nobahashi v. d. Kreuz
 - Hironati Bodg
 - Omahi Müller
 - Yotomo Dr. Storz
 - Mitararu Mehner
 - Miyake Kühne
 - Dupont Höder
 - Renard-Bninsky Hiedl
 - Séline Clement
 - Therese Noelt
 - Georges Graf
 - Geschäftspräsident Ritter
 - Staatsanwalt Kloeble
 - Verteidiger Brand
 - Dolmetsch Renscherf
 - Schiffsführer Gd
 - Geschäftsbienner Weidner
 - Gattin Dupont's Genter

Anfang 3 Ende 5 1/2
I. Sprechst. Mark 3.—

Abends

*D 21 (Donnerstagmiete)

Jar und Zimmermann

von Vorling

Musikalische Leitung Alfons Nischner

In Szene gefest von Otto Krauß

- Jar Wehrauß
- Jivanow Siegfried
- van Bett Schuffer
- Patie Blank
- Defort Lanber
- Schndham Wöfer
- Chateaufneuff Düy
- Witwe Brown Wanta
- Offizier Kainbach
- Natsbiener Kifian
- Goltschubanz einstudiert von Edith Bielefeld

Anfang 7 1/2 Ende 10 1/2
I. Sprechst. 8 Mk.

Im Städt. Konzerthaus

*Sonntag, 3. April 1927

Stöpsel

von Fr. Arnold und G. Bach

In Szene gefest von Dr. Gerhard Storz

- Riper Müller
- Wbele Genter
- Erika Noelt
- Rafetti Ritter
- Wallé Reitgeb
- Offh Rademacher
- Winkelbüßl Gmarth
- Haberland Höder
- Stengel Bodg
- Krause Mehner
- Hoteldirektor Brand
- Joseph Graf
- Woy Neel
- Kellner Schneider

Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2
I. Parlett Rh. 4.20

3.683